

Pressemitteilung



Julien Gribaa
Pressesprecher
DIE LINKE. Duisburg

Pressemitteilung, 18.12.2021

NRW und die Stadt Duisburg können und müssen Geflüchtete aus der belarussischen Grenzregion aufnehmen

Heute, am 18. Dezember 2021 wird weltweit der Tag der Migrant:innen begangen. Derweil spitzt sich die menschen-unwürdige Situation an der Grenze zwischen Polen und Belarus immer weiter zu. Dazu erklärt Birane Gueye, migrationspolitischer Sprecher des Kreisverbands DIE LINKE. Duisburg:

„Menschen auf der Flucht dürfen nicht für politische Zwecke missbraucht werden. Deutschland und NRW können und müssen bei der humanitären Aufnahme Geflüchteter vorangehen. Es sollen weniger als 2000 Menschen sein, die in der betroffenen Grenzregion auf die Weiterreise und damit ein besseres Leben hoffen. Es sind zwar ‚nur‘ wenige tausend Menschen, aber gleichzeitig doch tausende Einzelpersonen – Frauen, Kinder, Männer – Familien – einzelne Schicksale. Ihnen zu helfen, überfordert kein Land in Europa – erst recht nicht Deutschland, Nordrhein-Westfalen und die Stadt Duisburg, wir fordern daher die umgehende Aufnahme der Geflüchteten in NRW.“

Julien Gribaa, Sprecher des Kreisverbands DIE LINKE. Duisburg ergänzt: „Wir lehnen es ab, dass sowohl in Polen wie auch in Belarus unabhängigen Journalist:innen sowie Flüchtlingshelfer:innen der Zugang zur Grenze verwehrt wird. Statt Abschottung der Grenzregion braucht es dringend die Öffnung der Grenzgebiete und den schnellstmöglichen Zugang für all jene, die den Menschen in Not helfen wollen.“

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.